

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Sernsprecher Nr. 9**

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 170

Samstag, den 23. Juli 1932

Jahrgang 105

## Deutschland fordert Gleichberechtigung

### Botschafter Nadolny setzt die Grenzen für die weitere deutsche Mitarbeit auf der Abrüstungskonferenz

Ul. Genf, 23. Juli. Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ergriff gestern als erster der Vertreter Deutschlands, Botschafter Nadolny, das Wort, um am Schluß seiner Rede eine formulierte Erklärung der Reichsregierung zu verlesen. Nadolny führte aus: Die Verallgemeinerung der uns auferlegten Abrüstung sollte eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes sein. So ist es uns im Jahre 1919 versprochen worden. Heute schreiben wir 1932. Ich will mich nicht zu lange bei der Vergangenheit aufhalten, aber niemand wird bestreiten können, daß das deutsche Volk während dieser ganzen Zeit die größte Geduld und die größte Mäßigung an den Tag gelegt hat und sie werden, glaube ich, alle mit mir darüber einig sein, daß wir im Verlaufe dieser Konferenz eine gleiche Haltung gezeigt haben. Von unserer Seite war schon für den Entschluß zur Teilnahme an dieser Konferenz viel guter Wille und Mut erforderlich, nachdem der vorbereitende Abrüstungsausschuß den Artikel 53 des Abkommensentwurfes angenommen hatte, der Deutschland die Gleichberechtigung verweigert und der das ihm durch die Entwaffnungsbestimmungen des Versailles-Vertrages auferlegte Ausnahmeregime gegenüber der ganzen Welt verewigen will.

Die Konferenz ist an einem wesentlichen Wendepunkt angelangt. Monatelang haben die Völker der ganzen Welt voll Staunen das merkwürdige Schauspiel unserer Arbeit verfolgt, ohne das geringste greifbare Ergebnis wahrnehmen zu können. Unter den zahlreichen Vorschlägen und Anregungen, die der Konferenz vorgelegt worden sind, gibt es zweifellos solche, die von dem Gesichtspunkt einer wirksamen und durchgreifenden Abrüstung aus sehr wertvoll sind. Wir denken in erster Linie an den großen Plan des Präsidenten Hoover. Wir haben alle Ursache, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten für diesen großmütigen Eingriff dankbar zu sein. Die deutsche Abordnung hat mit besonderer Freude die italienischen Vorschläge hinsichtlich der qualitativen Abrüstung begrüßt. Alle diese verschiedenen Vorschläge haben in der ganzen Welt große Hoffnungen erweckt. Aber gegen allen guten Willen haben sich bedauerlicherweise Kräfte der Verneinung erhoben und durch Gegenwirkungen im einzelnen die Arbeiten gehemmt. Die öffentliche Meinung kann die Ziellosigkeit, in der sich die Konferenz so oft verloren hat, nicht verstehen. Nadolny kritisierte dann die vorgelegte Entschließung im einzelnen.

Die deutsche Abordnung, so fuhr Nadolny fort, ist demnach nicht in der Lage, die Entschließung vom Gesichtspunkt der in ihr vorgesehenen Abrüstungsmaßnahmen als befriedigend anzusehen. Trotz dieser schwerwiegenden Einwände hätte sich die deutsche Abordnung vielleicht in der Hoffnung, daß andere energische Anstrengungen im zweiten Teil der Konferenz folgen würden, mit einer einfachen Stimmenthaltung begnügt, oder die Entschließung möglicherweise unter gewissen Vorbehalten annehmen können, wenn sie jenen Grundsatz anerkennen würde, ohne den kein Ergebnis dieser Konferenz für Deutschland annehmbar ist: nämlich den Grundsatz der Gleichberechtigung. Wir haben bisher an den Arbeiten der Konferenz unter der Voraussetzung teilgenommen, daß diese Gleichberechtigung anerkannt würde. Jetzt ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, wo sich die Konferenz über diesen Grundsatz und seine praktische Anwendung besprechen muß.

Nadolny verlas dann im Namen der Reichsregierung folgende Entschließung: Die deutsche Regierung ist bereit, auch weiter an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, um mit aller Kraft dazu beizutragen, daß im Sinne des Artikels 8 der Völkerbundsatzung ein wirklich entscheidender Schritt in der Richtung auf die allgemeine Abrüstung getan wird. Namens der deutschen Regierung muß ich aber heute aussprechen, daß ihre Mitarbeit nur möglich

ist, wenn die weiteren Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der zweifelsfreien Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen erfolgen.

Die Gleichberechtigung der Nationen ist entscheidender Grundsatz des Völkerbundes, ebenso wie der Staatengemeinschaft überhaupt. Mit dem Gefühl nationaler Ehre und internationaler Gerechtigkeit wäre es nicht vereinbar, wenn die Konferenz ihre Regeln und Grundsätze für die allgemeine Abrüstung der Staaten festlegen wollte, aber gleichzeitig Deutschland oder andere Staaten an diesen allgemeinen Regeln und Grundsätzen nicht teilnehmen ließe, sondern irgendeinen Staat einem diskriminierenden Ausnahmeregime unterwerfen würde. Das würde die vertraglichen Ansprüche verletzen, die Deutschland zuzusehen und auf die es unter keinen Umständen verzichten kann. Die deutsche Regierung muß zu ihrem tiefen Bedauern feststellen, daß die vorliegende Entschließung diesem Standpunkt keine Rechnung trägt. Sie hat aus der Arbeit des verlesenen ersten Abschnittes der Konferenz, besonders aus den Besprechungen der letzten Tage, vielmehr entnehmen müssen, daß diese notwendige Voraussetzung noch nicht von allen Regierungen verstanden und anerkannt wird.

Die deutsche Regierung hält es nicht für möglich, daß bei dieser Unklarheit über eine Grundfrage des ganzen Abrüstungsproblems erspriechliche Arbeit geleistet werden kann. Sie muß deshalb darauf bestehen, daß diese Zweifel dadurch beseitigt werden, daß die Gleichheit aller Staaten hinsichtlich der nationalen Sicherheit und hinsichtlich der Anwendung aller Bestimmungen der Uebereinkunft ohne weiteren Verzug zur Anerkennung gelangt. Soweit die einzelnen Fragen, die sich aus der Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung ergeben, der Klärung bedürfen, ist die deutsche Regierung zu sofortigen Verhandlungen hierüber mit den beteiligten Staaten bereit. Die deutsche Regierung muß aber schon heute darauf hinweisen, daß sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen kann, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte.

Botschafter Nadolny fügte dieser Erklärung folgende Worte hinzu: Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Voraussetzung, von der Deutschland seine weitere Haltung abhängig machen muß, bald erfüllt sein wird, und daß wir gemeinsam mit Ihnen in die zweite Phase der Konferenz werden eintreten können, von der ich hoffe, daß sie ergebnisreicher sein wird als die erste, und daß sie uns ans Ziel bringen wird. Der dichteste Saal folgte mit großer Spannung der Rede, die Nadolny klar und bestimmt, die Hauptfragen stark betonend, verlas. Balbo, Litwinow und Gibson und die Vertreter der kleineren Mächte spendeten starken Beifall. Herriot und Paul Boncour hielten sich zurück.

Anschließend sprachen Herriot und Simon. Während der französische Ministerpräsident zum allgemeinen Erstaunen auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung überhaupt nicht einging, versuchte der englische Außenminister den deutschen Vertreter zu überzeugen, daß die deutsche Forderung auf Anerkennung der Gleichberechtigung bereits eingehende Berücksichtigung in der Beratungsentscheidung gefunden habe und daß die Behandlung dieser Frage zu einem so verspäteten Zeitpunkt nicht mehr möglich sei. Simon suchte die Konferenz mit der Erklärung zu beruhigen, daß die Entschließung keineswegs das endgültige Abrüstungsabkommen, sondern nur den ersten, wenn auch entscheidenden Aufsat der künftigen Regelung der Abrüstungsfrage darstelle. Zum Schluß forderte der greise ungarische Staatsmann Graf Apponyi in eindrucksvoller Rede die endgültige Beseitigung der heute noch auf Grund der Friedensverträge bestehenden Unterschiede zwischen Sieger und Besiegten.

### Das Rundgebungsverbot gemildert

Ul. Berlin, 23. Juli. Nachdem in den letzten Tagen die Störungen der öffentlichen Ordnung wesentlich nachgelassen haben, hat der Reichsminister des Innern durch eine Verordnung vom 22. Juli 1932 Milderungen des bestehenden Demonstrationsverbotes vorgenommen. Das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen gilt nach der neuen Verordnung, die mit Sonntag, den 24. Juli 1932 in Kraft tritt, nicht mehr für Gedenkfeiern, Trauereisen und sonstige Veranstaltungen, die der Förderung künstlerischer, kultureller oder heimatlischer Zwecke dienen, wenn sie von Körperschaften oder von Vereinigungen unpolitischer Art veranstaltet werden. Jedoch sind auch diese Veranstaltungen 48 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde anzuzeigen und können im

Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist. Für Veranstaltungen, die am Sonntag, 24. Juli 1932 stattfinden sollen und für die daher die übliche Anmeldefrist nicht mehr eingehalten werden kann, hat der Reichsminister des Innern den Landesregierungen empfohlen, aus der Nichteinhaltung der Anmeldefrist keinen Anlaß zu nehmen, die Veranstaltungen, die gerade für diesen Tag an verschiedenen Orten geplant sind, nicht zuzulassen.

In einem Rundschreiben an die Landesregierungen hat der Reichsminister des Innern ferner angeführt, daß gewöhnliche Leichenbegängnisse, hergebrachte Hochzeitszüge, kirchliche Prozessionen, Bittgänge, Wallfahrten und überhaupt Veranstaltungen gottesdienstlicher Art nicht unter das Demonstrationsverbot fallen, weil sie nicht als Versammlungen oder Aufzüge im Sinne der hier in Betracht kommen-

### Tages-Spiegel

Auf der Abrüstungskonferenz hat der Vertreter Deutschlands die weitere Teilnahme an der Konferenz von der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abhängig gemacht.

Der Reichsinnenminister hat für Veranstaltungen kultureller und gottesdienstlicher Art eine Milderung des Demonstrationsverbotes erlassen.

Reichskanzler von Papen ist gestern abend zur Länderkonferenz nach Stuttgart abgereist. Am Montag wird der Reichskanzler vor dem Ueberwachungsausschuß des Reichstages erscheinen.

Die Lage in Berlin ist ruhig. Der frühere Polizeikommandeur Oberst Heymannsberg wurde erneut verhaftet, jedoch bereits wieder auf freien Fuß gesetzt.

Reichsinnenminister v. Gayl sprach als Vertreter der Reichsregierung gestern auf dem Deutschen Sängerbundesfest in Frankfurt. In der Paulskirche fanden erhebende volksdeutsche Kundgebungen statt.

Auf der Konferenz der interparlamentarischen Union in Genf kam es zu einem im internationalen Leben ungewöhnlichen Zusammenstoß zwischen den französischen und italienischen Vertretern, der fast zu Tätlichkeiten führte. Italien hat gefordert, daß die französischen Vertreter ihre beleidigenden Ausdrücke zurücknehmen.

den Vorschriften anzusehen sind. Das gleiche gilt von sogenannten geländesportlichen Übungen, sofern sie nicht demonstrativen Charakter tragen.

### Eine Feststellung des Reichswehrministers

— Berlin, 23. Juli. Reichswehrminister von Schleicher stellt in einem Brief an den Zentrumsabgeordneten Prof. Dr. Schreiber gegenüber fälschlichen Behauptungen folgendes fest: Es ist unrichtig, daß ich an Bestrebungen zum Sturz des Kabinetts Brüning beteiligt gewesen sei. Es ist ferner unrichtig, daß die Reichswehr in die Politik eingegriffen habe. Sie hat ihr Verhalten jederzeit darnach eingerichtet, daß sie das überparteiliche und unpolitische Machtmittel des Herrn Reichspräsidenten ist und bleibt.

### Der „kleine Reichstag“ tagt

v. Papen sagt sein Erscheinen zu  
— Berlin, 23. Juli. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages ist gestern zusammengetreten. Nationalsozialisten und Deutschnationale blieben der Sitzung fern.

Die erste Abstimmung drehte sich um die Abhebung des bisherigen Vorsitzenden Strasser, die auch beschloffen wurde. Dann wollte man sich dem Beratungsmaterial zuwenden, das so gut wie alles umfaßt, was dem letzten Reichstag an Anträgen vorgelegen hat. Auch die Aufhebung der letzten Notverordnungen über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen wurde gefordert. Bevor jedoch in die sachliche Beratung eingetreten wurde, verlangte man die Anwesenheit des Kanzlers, des Innenministers und des Reichswehrministers. Der Antrag wurde angenommen und die Sitzung zunächst unterbrochen. Bei der Wiedereröffnung verlas der Vorsitzende einen aus der Reichskanzlei stammenden Brief an den Reichstagspräsidenten, der eine sensationelle Ueberraschung darstellt. In diesem Brief erklärte sich der Kanzler bereit, mit dem Innenminister und dem Wehrminister zu erscheinen. Er gab damit grundsätzlich zu, daß die Reichsregierung das Recht des Ausschusses, zu beraten und Beschlüsse zu fassen, anerkennt. Der Reichskanzler v. Papen sagt zu, an der Montagssitzung des Ueberwachungsausschusses teilzunehmen. Wir werden also erleben, daß man Anfang der nächsten Woche „Reichstag im Kleinen“ spielt und daß der Reichskanzler sich noch mit den Parteien des bereits aufgelösten Reichstages auseinandersetzt.

### Der polnisch-russische Nichtangriffspakt

Ul. Berlin, 23. Juli. Nach übereinstimmenden Meldungen Berliner Blätter aus Genf, Warschau und Bukarest wird heute, Samstag, der polnisch-russische Nichtangriffspakt von Litwinow und Jalecki unterzeichnet werden. In einer offiziell inspirierten Auslassung erklärt man, daß durch diese Unterzeichnung durch Polen allein das polnisch-rumänische Bündnis nicht gefährdet werde. Außerdem habe Polen offizielle Zusicherungen gegeben, daß es mit der Ratifizierung des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes warten werde, bis auch eine Einigung zwischen Rumänien und Rußland zustande kommen werde.



# Neues Ränkespiel in Genf

## Der Eintritt der Türkei in den Völkerbund - Weitere Stärkung der frankophilen Gruppe?

Nachdem sich der Völkerbund mit der jahresmäßig erforderlichen Mehrheit entschlossen hatte, die Türkei zum Eintritt in den Bund aufzufordern, ist deren Aufnahme als Bundesmitglied kürzlich erfolgt. Man sollte meinen, nachdem das türkische Parlament das Einladungsangebot des Bundes beifällig aufgenommen hatte, sei dieser offizielle Schritt des Völkerbundes eine rein formale Angelegenheit. Dem ist aber nicht so. Zwischen Genf und Angora spielten sich im Verlauf der letzten Wochen vertrauliche Taktversuche ab, wurden Verhandlungen gepflogen, die über den Rahmen einer gewöhnlichen Mitgliedsaufnahme hinausgingen. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß bei dieser Gelegenheit insbesondere der von der neubelebten englisch-französischen Entente abhängige Völkerbundsrat alle seine altbewährten Minen diplomatischer Verdrehungskunst springen ließ, um wieder einmal im Trüben fischen zu können und eine Regelung zu treffen, die nicht im Interesse der Gesamtheit der Völkerbundstaaten liegt. Man spricht in Völkerbundkreisen von einer weiteren Vermehrung der Ratsmitglieder. Die Türkei soll angeblich einen sogenannten halbständigen Sitz im Rate erhalten. Das bedeutet praktisch eine weitere Stärkung der frankophilen Gruppe im Völkerbundsrat. Die Leidtragenden wären in diesem Fall die durch nichtständige Vertreter in Genf mühsam um ihre Rechte kämpfenden kleineren Staaten, zu deren Wortführer das im Rat häufig isolierte Deutschland sich im Laufe der letzten Jahre mehrmals aufschwang.

Ihrer machtpolitischen Stellung entsprechend würde die Türkei als Völkerbundmitglied in die Reihe der Nichtständigen gehören. Es müssen also schon triftige Gründe vorliegen, die einzelne im Rat vertretene Großmächte veranlassen, der Türkei trotz Widerstandes der kleinen Staaten einen halbständigen Sitz anzubieten. Die heute bestehenden Bindungen zwischen Angora und Moskau sind natürlich auch in Genf bekannt. Man geht deshalb wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Westmächte Frankreich und England auf dem Umwege über den Mitgliedsbeitritt der Türkei mit der Zeit eine gewisse Annäherung an die noch nicht zum Völkerbunde gehörige Sowjetunion zu erzielen hoffen. Die Völkerbundstrolche der Türkei als Mittler zwischen Westeuropa und Eurasien wäre damit gegeben! Schon hieraus erhellt die internationale Bedeutung des Eintritts der Türkei in den Völkerbund. Daß man nicht aus humanitären sondern aus sehr realpolitischen Erwägungen heraus sich in Angora entschlossen hat, das Angebot des Völkerbundes wohlwollend in Erwägung zu ziehen, und daß man auch türkischerseits in der glücklichen Lage gewesen ist, Bedingungen stellen zu können, ging ja schon aus der ersten türkischen Antwortnote betreffs des Genfer Angebots hervor: Die türkische Regierung nimmt wie jede andere militärisch gut gerüstete Großmacht in Auslegung des Artikels 16 der Völkerbundsakte im voraus als Bedingung das Recht für sich in Anspruch, die Besonderheiten der eigenen militärischen und geographischen Lage ihres Landes in erster Linie berücksichtigen zu können. Diesen

Notausgang für die Gefahr einer allgemeinen Abrüstung erfordern bekanntlich die europäischen Großmächte anlässlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Unter denkbar günstigen Bedingungen hat man also der Türkei die Völkerbundmitgliedschaft angetragen. Es ist den türkischen Staatsmännern nicht zu verübeln, wenn sie aus diesem verlockenden Angebot soviel Kapital wie möglich herauszuschlagen versucht haben. Ihr Eintritt vor den Westmächten nicht nur genehm, sondern geradezu erwünscht. Mit dem Recht des Stärkeren wurden die Widerstände der kleineren Länder, die sich gegen die bevorzugte Behandlung der Türkei verwahrten, einfach beiseite geschoben. Wieder einmal bot sich hinter den Kulissen des Genfer Völkerbundrates das beschämende Bild eines allgemeinen Ränkespiels, wie es die Weltöffentlichkeit vor sechs Jahren anlässlich des Eintritts Deutschlands in den Bund erlebte. Als am 10. September 1926 die Vertreter Deutschlands feierlich von der Völkerbundsversammlung aufgenommen wurden, erklärte der damalige Bundesvorsitzende, Rintisch, diesen Vorgang als einen historischen Akt, als „eine Epoche in der Entwicklung der Universalität des Völkerbundes“. Und der Führer der deutschen Abordnung, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, betonte in seiner Antrittsrede, Deutschland wünsche mit allen Nationen, die im Rat vertreten sind, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zusammenzuarbeiten. Dem Völkerbundsgedanken widerstrebe es, die im Bunde mitarbeitenden Nationen in solche zu trennen, mit denen sich Sympathien oder Antipathien der einzelnen Mitarbeitenden verbinden. Doch blieb es in der Folgezeit bei diesem frommen Wunsch. Die beschämend muten heute insbesondere die großen Versprechungen eines Mannes wie Briand an, der damals in die Völkerbundsversammlung hineintrat: „Nun ist es zu Ende mit dem blutigen und schmerzlichen Zusammenschließen zwischen Deutschland und Frankreich, zu Ende mit dem Krieg zwischen uns! Wie einzelne Menschen vor den Richter kommen, um ihre Streitfragen zu regeln, so stellen wir beide uns jetzt vor das Schiedsgericht, ohne Kanonen und ohne Maschinengewehre, in Frieden und Freundschaft...“ Wirken diese in Genf von einem Vertreter Frankreichs gesprochenen Worte nicht jetzt wie ein blutiger Hohn? Hat Frankreich im Laufe dieser sechs Jahre, die der Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund unfähliche ideelle und materielle Opfer gebracht haben, auch nur ein einziges Mal vergessen, sich bei der Unterzeichnung seiner Forderungen uns gegenüber auf seine „Kanonen und Maschinengewehre“ zu berufen?

Die Vorgeschichte des Eintritts der Türkei in den Völkerbund zeigt deutlich, daß man in maßgeblichen Kreisen des frankophilen Völkerbundrates das Ränkespiel keineswegs verlernt hat und daß es noch immer Vertreter von großen Nationen in Genf gibt, die aus der Geschichte Europas nichts gelernt und den Kern des zweifellos fittlich hohen Völkerbundsgedankens überhaupt noch nicht begriffen haben.

delspolitisch zugleich die Bemühungen fortsetze, die besonderen Bedürfnisse Deutschlands in den ihm wirtschaftlich besonders naheliegenden Ländern an der Donau zu wahren, vor allem um Benachteiligungen der deutschen Ausfuhr in diesen Ländern fernzuhalten.

## Die Einsparungen bei der Reichsfinanzverwaltung

Nach einer dem Reichshaushaltsplan für 1932 beigefügten Uebersicht ist seit 1923 bis Anfang d. J. eine erhebliche Verringerung der Zahl der Beamten bei der Finanzverwaltung erfolgt. Während es z. B. am 1. Oktober 1923 noch 246 Hauptzollämter in Deutschland gab, hat sich diese Zahl Anfang des Jahres 1932 auf 210 verringert. Bei den Zollämtern war in dem genannten Zeitraum eine Verringerung um 374 auf 1817 festzustellen. Auch bei den Finanzämtern ist ein Abbau erfolgt, und zwar von 987 auf 946. Außerdem ist die Zahl der Reichsbauämter um 29 auf 58 herabgedrückt worden. Was den Personalbestand bei der Steuer- und Zollverwaltung sowie bei der Bau- und Versorgungsverwaltung anlangt, so ist festzustellen, daß seit 1923 eine Verringerung um rund 40 700 Köpfe oder 30 v. H. erfolgt ist. Während damals bei diesen Stellen noch 135 600 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt wurden, waren am 1. Oktober v. J. nur noch 94 900 Personen in diesen Verwaltungen tätig.

## Die Siedlungsmöglichkeiten in Ostdeutschland

Die Ostfrage, seit Jahrhunderten ein brennendes Problem des deutschen Volkstums, ist heute brennender als je. Im Osten spielt sich ein Kampf ab, der sich vorläufig zu unseren Ungunsten zu wenden scheint. Das Polentum geht in energischem Angriff gegen den germanischen Nachbarn vor, um weiteres Gelände für sein Volk zu gewinnen. Die Neuerungen der Polen werden immer deutlicher, daß die Oder die eigentliche Grenze zwischen Polen und Deutschland sein müsse. Deutscher Boden wird aufgekauft und polnische Bauern halten ihren Einzug. Hier kann nur eines helfen: Schafft wieder deutsche Bauern an unsere Ostgrenze, gebt ihnen wirtschaftlich gesunde Betriebe, auf denen sie leben und kräftigen Nachwuchs ziehen können! Das ist das einzige und beste Volkwerk gegen den polnischen Ansturm. Ein menschenarmes Land mit wirtschaftlich ruinierten Betrieben läßt sich rasch polonisieren, ein dichtbesiedeltes und gesundes Bauernland dagegen niemals entdeutschern. Prof. Brandt hat berechnet, daß bei einer Besiedlung von einem Drittel der Großbetriebe über 100 Hektar und bei einer Durchschnittsgröße der Siedlung von 12,5 Hektar östlich der Elbe 980 000 Hektar für 60 000 Siedlerstellen zur Verfügung gestellt werden könnten. Diese Zahl mag zunächst gering erscheinen, aber wenn man bedenkt, daß jede Siedlerstelle nicht nur einen Einzelnen, sondern eine ganze Familie trägt, und daß die dichtere Besiedlung auch Handwerker, Kaufleute usw. Lebensmöglichkeiten gibt, so ergibt man daraus, daß der ostdeutsche Raum Hunderttausenden eine Heimat bieten kann.

## Wahlreden

In einer Rede in Bremen betonte Hitler u. a., die Regierung Papen sei eine außerordentlich milde Regierung, obwohl jetzt endlich ein Anfang gemacht sei mit dem Durchgreifen. Aber die Herrschaften würden sich wundern, was ihrer harre im kommenden Dritten Reich. Denn nicht beglichen sei die Rechnung aller Verfolgungen seiner Mitkämpfer und Kameraden, nicht beglichen auch die Rechnung der Marxisten, die Millionen deutscher Menschen von ihren Arbeitsplätzen verdrängten.

Dr. Eugen Berg sprach in einer großen Wahlkundgebung der DNVP in Stuttgart. Er stellte u. a. fest: Die wirkliche Rechte wolle keinen spekulativen Staat; sie wolle keine auf Spekulation aufgebaute Wirtschaft. Sie wolle nicht, daß die Herrschaft über die Wirtschaft in den Händen eines unfahbaren, unverantwortlichen, anonymen Kapitals liege. Sie wolle möglichst viele Millionen von kleinen Existenzen.

In Ravensburg sprach der Führer der Bayer. Volkspartei, Staatsrat Schäffer, auf einer Zentrumskundgebung. Zur Einsetzung des Reichskommissars in Preußen erklärte der Redner, daß ein Volk, dessen Reichsregierung die Regierung eines Landes verhaften und absetzen lasse, nicht erwarten könne, daß man im Ausland ihm mit Achtung und Bewunderung begegne. Die 20 Millionen, die damals Hindenburg gewählt hätten, hätten in Hindenburg einen Schutz gegen Hitler gesucht, aber heute verhalte es sich so, daß diese 20 Millionen Menschen das Gefühl haben, in Notwehr gegen Hitler und auch gegen das Buchstabenrecht des Reiches zu stehen. Bei seinen Ausführungen über die Außenpolitik des Kanzlers von Papen erklärte er u. a., daß die Verhandlungen in Lausanne uns in ihrem Endergebnis drei Milliarden Mark gekostet hätten. Brining habe früher erreicht, daß Frankreich isoliert dasthe und Deutschland seine finanzielle Freiheit in der Welt besessen habe. Das Fazit der Verhandlungen des neuen Kanzlers in Lausanne aber sei eine Entente gegen Deutschland und ein isoliertes Dastehen Deutschlands.

## Ein Haus ist zu verschenken

Ein Schlaglicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Nordsee-Inseln werfen Plakate, die sich am Fenster eines Hauses auf Norderney befinden. Auf den Plakaten ist zu lesen: „Die komplette Einrichtung dieses Hauses mit 30 Betten, Wäscherei, großer Restaurationsküche, Kupfergeschirr, großen Spiegeln, Bildern, Teppichen, Wäsche, Kristallkrone, Leuchtern, sowie für 100 bis 200 Personen Tische, Stühle, feinstem Porzellan, Glas, Tafelsilber, Mobiliar-Feuerversicherung 100 000 Mark ist zum Spottpreis von 30 000 Mark zu verkaufen. Der Käufer der Einrichtung erhält dieses nach allen vier Seiten freistehende unbelastete schöne Gebäude gratis. Anlich festgesetzter Brandkassenwert allein des Gebäudes 110 540 Mark.“

## Die Vertagung der Abrüstungskonferenz

### Vertagungsentschließung bei Stimmenthaltung Deutschlands und Italiens angenommen.

U. Genf, 22. Juli. Die große Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz nahm einen ungewöhnlich stürmischen und bewegten Verlauf und führte ununterbrochen zu scharfen Zusammenstößen und Zwischenfällen. Der italienische Luftfahrtminister Balbo, einer der ältesten Mitarbeiter Mussolinis und seit der Kabinettsumgestaltung Führer der italienischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz, gab unter größter Spannung eine ungewöhnlich deutliche Erklärung ab, die die Ablehnung der Vertagungsentschließung Venezijs darstellte. Balbo erklärte, daß er an der Abstimmung über die einzelnen Teile, sowie an der Gesamtstimmabgabe nicht teilnehme, da die italienische Regierung die bisherigen Arbeiten der Konferenz als erfolglos ansehe.

Botschafter Radolny gab eine knappe geschäftsordnungsmäßige Erklärung ab, daß die deutsche Abordnung an der Durchführung und Abstimmung der einzelnen Teile der Entschließung nicht teilnehme und ihren grundsätzlichen Standpunkt vor Schluß der Aussprache bei der Schlußstimmabgabe abgeben werde. Es kam dann zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Henderson und Litwinow. Präsident Henderson stellte einen Änderungsantrag Litwinows zu der Präambel, nach dem im Gegensatz zur Vertagungsentschließung die Annahme des Hoover-Vorschlages auf eine Herabsetzung aller Rüstungen um ein Drittel vorgeschlagen wird in der Form zur Abstimmung, daß lediglich über die Präambel der Vertagungsentschließung als solche abgestimmt werden sollte. Litwinow protestierte aufs schärfste gegen diesen allzu offensichtlichen Versuch, eine Stellungnahme der einzelnen Mächte zu seinem, auf dem Hoover-Vorschlag aufgebauten Antrag zu vermeiden. Ueber die wiederholten heftigen Proteste Litwinows ging Henderson glatt hinweg. Die Abstimmung verlief in größter Unruhe und Lärm und verlief schließlich in vollständigem Wirrwarr. Nach längerer Zählung stellte Henderson fest, daß 30 Stimmen für die Aufrechterhaltung der Präambel, wie sie im Vorschlag vorgesehen ist und fünf gegen, bei 16 Stimmenthaltungen, abgegeben worden seien. Die Vertreter Deutschlands, Italiens und zahlreicher kleinerer Mächte enthielten sich der Stimme.

## Krieg zwischen Paraguay und Bolivien

U. Buenos Aires, 22. Juli. Wie aus Asuncion gemeldet wird, haben die paraguaynischen Truppen das Grenzort Pitiantuta nach einer 48stündigen Schlacht von den bolivianischen Truppen „zurückerobert“. Das paraguaynische Kriegsministerium teilt mit, daß drei Paraguaner getötet und 8 verwundet wurden, während die Verluste der Bolivi-

vianer größer seien. Die paraguaynischen Truppen hätten große Munitionsvorräte erobert. Nach unbestätigten Radiomeldungen sollen paraguaynische Truppen an der bolivianischen Grenze zusammengezogen werden. Die Regierung von Paraguay hat alle gegenwärtig in europäischen Hauptstädten befindlichen Offiziere zurückberufen. Meldungen aus La Paz zufolge hat die bolivianische Regierung ebenfalls Vorbereitungsmaßnahmen getroffen und zu diesem Zweck eine Anleihe von der bolivianischen Zentralbank erhalten. Der bolivianische Generalfstab dementiert alle Gerüchte, wonach eine allgemeine Mobilisierung angeordnet oder die Reserven aufgerufen worden seien.

## Gegen Autarkie und handelspolitische Experimente

### Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der gegen eine grundsätzliche Abpernung Deutschlands vom Weltmarkt Stellung genommen wird. Das Ziel der deutschen Handelspolitik könne nur sein, dem deutschen Volke die Erreichung des bestmöglichen Volkswohlstandes zu erleichtern. Die deutsche Wirtschaftspolitik müsse heute stärker als je von dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung und dem der Kapitalbildung geleitet werden. Beide verlangen Ausfuhr. Die Arbeitslosigkeit des Winters 1931-32 sei zu einem Sechstel auf den Rückgang der Ausfuhr in 1932 gegenüber 1930 zurückzuführen. Das deutsche Volk sei darauf angewiesen, Mehrarbeit und Kapitalbildung insbesondere auch auf dem Wege der Ausfuhr zu suchen. Es komme darauf an, zwischen Einfuhr und Ausfuhr das volkswirtschaftlich bestmögliche Verhältnis zu erreichen und neben einem verständigen Schutz inländischer Arbeit vor allem aber auch auf der Ausfuhrseite die der Nation gegebenen Kräfte und Mittel nutzbar zu machen, um im Wettbewerb mit den übrigen Völkern wirtschaftlich wieder einen günstigeren Platz zu erringen. Deutsche Ausfuhr sei nur möglich bei einer grundsätzlichen dem Warenaustausch zugeneigten handelspolitischen Politik. Noch sei nicht abzusehen, welche weiteren Entwicklungen sich für die deutsche Handelspolitik im Anschluß an die Weltwirtschaftskonferenz und an die Konferenz in Ottawa ergeben werden. Der Deutsche Industrie- und Handelstag halte es jedoch für verhängnisvoll, wenn Deutschland, ehe die Ergebnisse dieser Verhandlungen erkennbar werden, eine grundsätzliche Wendung der Handelspolitik vornehmen würde. Die deutsche Außenhandelspolitik müsse sich der Notwendigkeit bewußt bleiben, der deutschen Ausfuhr, die als Ausfuhr hochwertiger Güter oder Güter von besonderer Eigenart notwendig, eine sehr große Strenge hat, nach allen Ländern möglichst günstige Möglichkeiten erwand gleiches Recht mit anderen Staaten zu schaffen. Daneben sei es notwendig, daß die deutsche Han-



sonderen  
sonders  
r allen  
n Pän-

anz=-

efügt  
e Ver  
haltung  
och 248  
h An-  
Solläm-  
ung um  
t ist ein  
st die  
worden.  
verwal-  
gerung  
ährend  
gestellte  
v. J.  
ttg.

s Pro-  
als je  
zu un-  
geht in  
en vor,  
die Neu-  
e Ober-  
nd sein  
e Bau-  
helfen:  
e, gebt  
e leben  
s ein-  
n. Ein  
rieben  
esundes  
Brandt  
Drittel  
Durch-  
er Ede-  
ung ge-  
le nicht  
t, und  
stent  
us, daß  
bieten

a., die  
ierung,  
Durch-  
n, was  
nicht be-  
ttfämpf-  
ung det  
en Ar-

undge-  
ft: Die  
e wolle  
e nicht,  
in eines  
s liegt.  
stenzen.

Bayer,  
ntums-  
u Freu-  
sregie-  
absehen  
hm mit  
nen, die  
denburg  
es sich  
ben, in  
benrecht  
über die  
a., daß  
ergebnis  
früher  
nd seine  
s Fazit  
e aber  
es Da-

iffe auf  
er eines  
t ist zu  
30 Bet-  
geschirr,  
alkron-  
Stühle  
enerver-  
0 Marf  
es nach  
Gebäude  
des Ge-

Aus den Parteien.

Wählerversammlung der NSDAP.

In einer von Stadtrat Wurster geleiteten Wählerversammlung der NSDAP. sprach gestern Abend der württembergische Gauleiter der Partei, Wilhelm Murr, M. d. L., vor einer sehr zahlreichen Hörerschaft im Badischen Hof. Der Redner bezeichnete es eingangs als Pflicht und Recht eines jeden Volkes, die Arbeit der Regierenden zu prüfen und sich über den eingeschlagenen Kurs Rechenschaft abzugeben; andernfalls ziehe es sich den Fluch der Nachkommenschaft zu. Wenn die Bilanz der Systemherrschaft der letzten 14 Jahre so grauenvoll sei, so trügen hieran jene Männer Schuld, die dem deutschen Volke nach dem verlorenen Kriege unerfüllbare Versprechungen vorgegaukelt und nicht den Mut zur Wahrheit besaßen hätten. Aber auch das Volk selbst habe Schuld auf sich geladen; es hätte nicht geduldig alles ertragen dürfen, sondern rebellieren müssen, denn ein Volk mit dem Willen zur Freiheit lasse sich niemals unterdrücken. Die Führung eines Volkes sei entscheidend. Die Führer der Freiheitskriege hätten in den Jahren 1806-1813 den Widerstandswillen des deutschen Volkes nach schwerster Niederlage so gestiftet, daß die Befreiung verwirklicht werden konnte. Sieben Jahre nach dem verlorenen Weltkrieg unterzeichneten die deutschen Staatsmänner einen neuen Versklavungsvertrag (Dawesplan). Das System habe unsühnbare Schuld auf sich geladen. Seine Schlußbilanz laute: 6 Millionen Arbeitslose, ein zugrunde gerichteter Mittel- und Bauernstand, eine sterbende Wirtschaft, ein wehrloses Volk, eine schmachvolle Außenpolitik und Kulturzerstückung, ein zerschlagenes Recht und Rechtsgefühl. Der Redner wandte sich gegen die brutale Parteiherrschaft, wie sie auch in Württemberg ihren Ausdruck finde, und wies Angriffe des Staatspräsidenten Dr. Volz gegen die NSDAP. zurück. Die letzten Vorgänge in Berlin hätten alle Bedrückten und Gequälten aufatmen lassen, vielleicht sei der Zeitpunkt nicht mehr fern, in dem die geschäftsführende württembergische Regierung ebenso rasch und geräuschlos verschwinde wie die preussische. Staatspräsident Volz habe bereits ein Hilfsprogramm an den Reichspräsidenten abgefaßt. Ausführlich berichtete der Vortragende über die Koalitionsverhandlungen im württembergischen Landtag. Für das Scheitern, so sagte er, seien Zentrum und Demokraten verantwortlich, weil sie die selbstverständlichen Forderungen der NSDAP. auf den Posten des Staatspräsidenten und des Innenministers glatt abweisen. Unwahr sei die Behauptung, die Nationalsozialisten hätten Wirtschafts- und Finanzministerium nicht übernehmen mögen. Selbstverständlich sei es der NSDAP. vor allem um die Führung im Staats- und Innenministerium zu tun gewesen. Dr. Volz habe nun den Anschluß an eine nationalsozialistisch geführte Regierung verpaßt. Das parlamentarisch-demokratische System bezeichnete der Redner als Theater übelster Sorte. Die Nationalsozialisten gingen nicht in die Parlamente, um dort parlamentarisch zu arbeiten, sondern in dem vollen Bewußtsein, das System so bald wie möglich von innen her zu erledigen. Sie wollten nicht schwächen, sondern handeln, regieren, Verantwortung übernehmen. Die Männer der NSDAP. wollten und könnten es besser machen wie die feithen Regierenden, denn sie besäßen einen eisernen, im Kampf um die Bewegung gestählten Willen und die Erkenntnis, daß der neue Kurs ein dem alten völlig entgegengesetzter sein müsse. Gauleiter Murr entwickelte in großen Zügen das nationalsozialistische Programm zur Stärkung der Binnenwirtschaft, das Erhöhung der Zollschanzen, Einfuhrdrosselung für entbehrliche Auslandserzeugnisse, Förderung von Land- und Gartenbauwirtschaft, Schaffung eines Einheitsbrots u. a. m. vorsieht. Man verspricht sich hiervon im allgemeinen eine verbesserte Lebenshaltung des Volkes. Einen breiten Raum in den Ausführungen des Redners nahm dann das Problem des freien Arbeitsdienstes ein. Schon heute soll in Württemberg für 30 000 Arbeitslose auf 3 Jahre hinaus Arbeit vorhanden sein. Die Mittel werde die NSDAP. zu schaffen wissen, denn es gehe nicht länger an, daß ein großer Teil der besten Kräfte der Jugend auf den Landstraßen verlottete. Der Jugend müsse wieder ein Lebensziel gegeben werden. Nachdem sich der Redner noch für eine Entlastung des Mittelstandes eingesetzt und zur Frage der Verschuldung Deutschlands (90 Milliarden M.) Stellung genommen hatte, forderte er ausreichende Rüstungsfreiheit zur Verteidigung der deutschen Grenzen, denn ohne Macht werde Deutschland nie zu seinem Recht kommen. Die NSDAP. werde, ihrer großen Verantwortung eingedenk, das deutsche Volk seiner Eigenart entsprechend regieren, dann würden Millionen Menschen wieder hoffen und eine langsame Besserung sich andeuten. Um das zu erreichen, müsse aber zunächst der Schlüsselschritt unter das System der letzten 14 Jahre und die materialistische Weltanschauung seiner Vertreter gezogen werden. Es gehe am 31. Juli nicht um Parteien oder Programme, sondern um die deutsche Zukunft. Der Redner schloß seine fast zweistündige Rede mit dem Appell an die Wählererschaft, sich der Größe und Bedeutung der historischen Entscheidung bewußt zu sein.

**Wetter für Samstag und Sonntag**

Im Westen liegt schwacher Hochdruck, über Mittel- und Norddeutschland befinden sich Tiefdruckgebiete. Für Sonntag und Montag ist zeitweilig bedecktes, auch noch zu vereinzelt leichten Niederchlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

**Bezirksobstbauverein Calw.**  
Im August findet eine **Prämierung von Obstbaumanlagen** statt.  
Die Baumgrundstücke müssen gut gepflegt und mindestens 10 Jahre angelegt sein.  
Anmeldungen sind bis 1. August an den Vereinsvorstand zu richten.  
**Der Ausschuß.**



**Birkenfeld, 22. Juli.** Der Gemeinderat nahm die Bestätigung der verschiedenen Projekte vor, die zur Durchführung im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Verfügung gestellt werden sollen. Eine der notwendigsten Arbeiten ist die Korrektur des Bachlaufes. Die Anlieger des Bachlaufes, die vom Ortsvorsteher zu einer Besprechung eingeladen wurden, haben sämtlich die Durchführung dieser Bachregulierung gewünscht. Die Durchführung der ganzen Arbeit erfordert 18 000 Tagewerke. Das Gesuch um Genehmigung dieser Arbeit im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes ist bereits dem Arbeitsamt zugegangen.

**Wildbad, 22. Juli.** Vergangene Woche wurde in der dem Schilb-Club „Schwarzwald“ Pforzheim gehörenden „Hans-Julda-Gedächtnis-Hütte“ eingebrochen. Der oder die Täter stiegen durch das Abortfenster und zerstörten das Türschloß, um ins Innere der Hütte eindringen zu können. Die Landjägermannschaft fahndet nach den Tätern.

**ESB. Pforzheim, 22. Juli.** Als SA-Leute nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung im Saalbau heimkehrten, kam es in entfernteren Stadtteilen zu Zusammenstößen mit Kommunisten und anderen politischen Gegnern. Vor dem kommunistischen Parteilokal zum „Rautenbach“ entwickelte sich eine von den Kommunisten verursachte Schlägerei. Das auf die Hilferufe eingesetzte Ueberfallkommando säuberte die Straßen um die Wirtschaft herum. Zwei Lokale wurden nach Waffen durchsucht. In beiden fand man Schlagwaffen (Holzprügel). Als vier bis fünf junge Burthen aus der Wirtschaft zum „Rautenbach“ heraustraten und nach dem Parteilokal der Sozialistischen Arbeiterpartei in der Forststraße sprangen, wurden sie von Angehörigen der SA. verfolgt, die in das genannte Lokal eindringen wollten und auch Fenstersteine einschlugen.

**wp. Stuttgart, 22. Juli.** In der Gallenklinge kam es abends zwischen Nationalsozialisten, die Flugblätter verteilten, und Kommunisten und Mitgliedern der Eisernen Front zu Schlägereien. Nach dem Bericht der Polizei wurden die Nationalsozialisten von Kommunisten und Mitgliedern der Eisernen Front angegriffen. Das herbeigerufene Ueberfallkommando nahm 6 Kommunisten fest.

**ESB. Stuttgart, 22. Juli.** Als am Donnerstag Abend gegen 10 Uhr Nationalsozialisten auf dem Weg nach Votnang waren, wo sie Flugblätter verteilen wollten, gerieten sie in der Nähe der L. 1. mit politischen Gegnern zusammen. Wie die Polizei berichtet, wurden die Nationalsozialisten von Kommunisten und Mitgliedern der Eisernen Front angegriffen. Es kam zu einer üblen Schlägerei, bei der niemand ernstlich verletzt wurde.

**ESB. Göttingen, 22. Juli.** Im Anschluß an eine gestern Abend im Gasthaus „zum Adler“ in Varenbach abgehaltene nationalsozialistische Wahlversammlung kam es zu Zusammenstößen zwischen den zum Schutz der Versammlung aus Göttingen gekommenen Nationalsozialisten und politischen Gegnern aus Varenbach, welche der NSD. und dem Reichsbanner angehören. Es entwickelte sich eine große Schlägerei, welche erst durch das Eingreifen von Polizeibeamten aus Göttingen beendet wurde. Mehrere Nationalsozialisten wurden teilweise erheblich verletzt.

**wp. Ulm, 22. Juli.** Auf der Donauinsel bei der Herdbrücke stürzte gestern nachmittags ein 27 Jahre alter Arbeiter aus 10 Meter Höhe vom Gerüst. Wie festgestellt wurde, war er mit der Starkstromleitung in Verbindung gekommen. Durch den Sturz erlitt er einen so schweren Schädelbruch, daß er noch gestern Abend im Krankenhaus starb.

**ESB. Weßheim, 22. Juli.** Gestern nachmittags wurde beim Bahnübergang am Drißeingang in der Schornborfer Straße der verheiratete Kaufmann Karl Schwegler von hier vom Zug überfahren. Schwegler wollte auf seinem Motorrad geschäftlich nach Heutelsbach i. N. fahren. Er überfuhr, weil er etwas schwerhörig ist, das Signal des herannahenden Zuges und geriet unter die Lokomotive. Die erlittenen schweren Verletzungen führten den sofortigen Tod des allgemein geachteten Geschäftsmannes herbei.

**ESB. Künzelsau, 22. Juli.** Der Gemeinderat hat beschlossen, Hausbesitzern, die Answärtige ohne sicheres Einkommen in Wohnung nehmen, die dann der Stadt zur Last fallen, keine Stundung städtischer Forderungen oder Steuern zu gewähren.

**Ans Baden, 22. Juli.** Am Mittwoch wurde das bekannte Kurhaus Sand zur Zwangsversteigerung gebracht. Der Zuschlag wurde auf das Gebot der Städt. Sparkasse Bühl — der Hauptgläubigerin — mit 35 800 M. erteilt. Auf dem Anwesen ruht noch eine Aufwertungshypothek von 37 500 Reichsmark, so daß durch die Versteigerung ein Gesamtverwert von 73 300 M. einschließlich Einrichtung und Wiesen festgestellt wurde. Das Hotel wurde vom Notar ohne Einrichtung auf 80 000 und mit Einrichtung auf 100 000 M. geschätzt.

**Witterungsvorausage**

für die Zeit vom 22. bis 31. Juli.

Herausgegeben von der Staatlichen Forschungsstelle für langfristige Witterungsvorhersage in Frankfurt a. M.

Fortdauer des leicht unbeständigen, in Bewölkung und Temperatur veränderlichen und zu zeitweiligen Niederschlägen geneigten Wetters. Im ganzen kann jedoch, zuerst und vor allem in West- und Süddeutschland, mit einer allmählichen Besserung des Wetters gerechnet werden.

**Geld-, Volks- und Landwirtschaft**

**Börsenbericht**

**ESB. Stuttgart, 22. Juli.** An der Börse herrschte heute ein freundlicherer Grundton, doch gab es bei geringem Umsatz nur wenig Kursveränderungen.

**R. C. Berliner Produktenbörse vom 22. Juli.**

Weizen, märkischer 249-251; Futter- und Industrieernte 161-172; Hafer, märkischer 163-168; Weizenmehl 29,50 bis 33,75; Roggenmehl 25-26,75; Weizenkleie 11,60-11,90; Roggenkleie 10,25-10,60; Viktoriaerbsen 17-23; kleine Speiserbsen 21-24; Futtererbsen 15-19; Pelusiden 16-18; Ackerbohnen 15-17; Wicken 17-19; Lupinen, blaue 10,50 bis 11,50; do. gelbe 15-16,50; Leinfuchsen 10,30-10,50; Erdnußfuchsen 11,20-11,30; Erdnußkuchenmehl 11,40-11,50; Trockenstängel 9,40-9,60; extrahiertes Sojabohnenschrot, 46 Prozent, ab Hamburg 10,20-10,30; do. ab Stettin 11. Allgemeine Tendenz: Fester.

**Viehpreise**

Gaildorf: Ochsen und Stiere 160-320; Kühe 82-385; Rinder und Jungvieh 53-270 RM. — Döringen: Kühe 260 bis 400; Kalbinnen 250-360; Jungrinder 80-160 RM. — Scaugau: Farren 146-200; Ochsen 210-320; Kühe 125 bis 388; Kalbeln 237-375; Rinder und Jungvieh 80-160 RM.

**Schweinepreise**

Echterdingen: Fäuser 25-40; Milchschweine 12-17 RM. — Eutingen: Milchschweine 15-20 RM. — Scaugau: Ferkel 16-19 RM. — Spaichingen: Milchschweine 10-14 RM. — Winnenden: Milchschweine 16-20; Fäuser 35 RM. — Rüttingen: Fäuser 30-54; Milchschweine 19-22 RM.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

**Eingefandt**

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

**Für den Bau eines Calwer Freibades**

Wohl jedem wird es mit Freude und Befriedigung begriffen, daß seit kurzem in Stammheim das schöne, geräumige und zweckmäßig ausgestattete Freibad besteht, in welchem zudem bei richtiger Anwendung des neuartigen Petunia-Verfahrens Gewähr für reines und algenfreies Wasser gegeben sein soll. Man wird darum allseits und gern Lob und Dank spenden dem Schöpfer der Anlage, Herrn Ingenieur G. G. E. K., der die Energie und den Weitblick zu diesem Werk aufgebracht hat trotz der Not der Zeit. Ich möchte sogar meinen, daß er das Bad erstellte wegen der Not der Zeit! Konnte er doch dadurch gar manchem Arbeitslosen für längere Zeit Arbeitsmöglichkeit bieten und dabei auch der Volksgesundheit einen wesentlichen Dienst leisten in der richtigen Erkenntnis des Wertes einer guten Badegelegenheit. Beide Gesichtspunkte haben in der Gegenwart ihren besonderen und gesteigerten Wert, wie ja jedermann weiß.

Die Stammheimer Neuschöpfung erweckt aber bei uns Calwern außer Freude und Dank sicher auch Gefühle von Neid und Beschämung, müssen wir doch gestehen, daß wir im Gegensatz zu so verschiedenen und zum Teil doch wesentlich kleineren Gemeinden in unserer Nachbarschaft immer noch keine andere Schwimmgelegenheit haben als ein Bad in der Ragold! Daß diese den Beinamen „Abwasserkanal“ verdient, wird niemand ernstlich bestreiten können, der die örtlichen Verhältnisse kennt, die Ragoldfluten häufiger und kritisch ansieht und weiß, was für Funde man in ihnen machen kann! Als Medizinalbeamter halte ich mich für verpflichtet, auch an dieser Stelle vor dem Baden in der Ragold erneut zu warnen.

Ich denke aber, was in den letzten Jahren da und dort zu schaffen möglich war, sollte in Calw auch erreichbar sein, wenn unter Zurückstellung sachlicher oder auch persönlicher Gegenstände hinter die großen und wichtigeren allgemeinen Gesichtspunkte die Stadtverwaltung, Vereine und Einzelpersonen zusammenstehen und zusammenarbeiten. Dann könnte sicher auch heute, ja sollte gerade heute etwas geschaffen werden können, was einer Oberamtsstadt und des nahen Kurortes Ditzau würdig ist, ihren Einwohnern dienlich ist und den Zustrom von Kurgästen usw. wirklich und nachhaltig fördert.

Möchten meine Zeilen das Interesse und Verständnis wecken und fördern bei so vielen, die heute noch abseits stehen und möchten dann genügend Herzen und Hände offen sein, wenn zu gegebener Zeit ein Aufruf zur Schaffung eines Freibades in Calw erfolgen wird!

Medizinalrat Dr. Lang.

**Ständiges Inferieren bringt dem Geschäftsmann Nutzen!**

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein **Färbereisowie ein Appretur-Lehrling.** Näheres zu erfragen in der Ges. - St. ds. Bl.

Infertigung von: **Knopflöthern Kurbeln-Verwahrräume Namenstickerei Blissee u. Hoblraum** bei sorgfältigster Bedienung **Fr. Herzog** Inh. L. Rathgeber Telefon 100, Marktstraße 19

**Der beste Brennstoff ist und bleibt das Union**



Brittoll



*Kaufe mir noch ein billiges, hochwertiges Toilettenpapier!*

**Turnverein Calw v. 1846 e.V.**  
 Sonntag, den 24. Juli 1932, ab 3 Uhr  
**Schau- und Werbeturnen**  
 auf dem Turn- und Spielplatz an der Hirsauerstr.  
 unter Mitwirkung Pforzheimer u. Cannstatter Turnfreunde.  
 (Darunter Sieger vom Schweizerischen Turnfest in Aarau).  
**Von nachm. 1-3 Uhr finden Jugendwettkämpfe statt**  
 Unsere Mitglieder, sowie Freunde von Turnen und Sport werden freundl. eingeladen.  
**DER TURNRAT.**

**Geldgefund**  
 Von pünktlichem Zinszahler werden aus Privat-hand auf 1. August gegen Sicherheit  
**6-700 M. gesucht.**  
 Angebote unter E.M. 170 an die Gesch.-St. ds. Bl.  
**Verkaufe meinen altbewährten Petroleumgasherd**  
 der Weltfirma Bartel, neuwertig, zum halben Preis von 22 RM. 1 Lit. Wasser vor 15°C kocht in zirka 7 Minuten für 7/8 d. Kosten. Für jede Hausfrau, Pensionen usw. Anzusehen bei **M. Buchhardt, Igelsloch**

Statt Karten!  
**Dankfagung!**  
 +  
 Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Gatten und für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, sage auf diesem Wege im Namen der Hinterbliebenen recht herzgl. Dank.  
**Frau Luise Schönlen Witwe.**  
 Bad Liebenzell, 21. Juli 1932.

**Bad Liebenzell-Wochenprogramm**

|                      |   |
|----------------------|---|
| Samstag, 23. Juli    | nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert<br>abends 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Uhr Tanzabend im Kursaal<br>Eintritt frei  |
| Sonntag, 24. Juli    | vorm. 11-12 Uhr Promenadekonzert in den Kuranlagen<br>nachmittags 1/4-6 Uhr Kurkonzert<br>abends 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -9 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Uhr Kurkonzert<br>Anschließend T a n z im Kursaal |
| Montag, 25. Juli     | nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert  |
| Dienstag, 26. Juli   | nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert  |
| Mittwoch, 27. Juli   | nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert<br>abends 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Uhr Eine Nacht „im weißen Röhl“<br>Tanzkapelle: Die berühmte Tournerkapelle Rolf Miller<br>Eintritt frei |
| Donnerstag, 28. Juli | nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert<br>abends 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -9 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Uhr Kurkonzert  |
| Freitag, 29. Juli    | nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert  |
| Samstag, 30. Juli    | nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert<br>abends 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Uhr Tanzabend im Kursaal<br>Eintritt frei  |

Städt. Kurverwaltung.

**Freibad Bad Teinach**  
 Am Sonntag, den 24. Juli, eröffne ich mein neuerstelltes ideal gelegenes  
**FREIBAD**  
 mit sonniger, großer Liegewiese. Dauernd Frischwasser-Zulauf  
**EINTRITTSPREISE:**  
 Tageskarten für Erwachsene . 25 Pfg.  
 Tageskarten für Kinder . . . . 15 Pfg.  
 Saisonkarten . . . . . 4.- Mk.  
 Zu regem Besuch ladet freundlichst ein  
**F. Eberhard, Gasthof zum „Goldenen Fuß“**

Calw, den 23. Juli 1932.  
**Dankfagung**  
 Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Sohnes  
**Alfred Berner** +  
 Marine-Ingenieur i. R. Kiel  
 sage ich, auch im Namen seiner Gattin und seines Bruders, herzlichsten Dank.  
 August Berner, Zugführer a. D.

**Fahle Gesichtsfarbe, Pickel, unreine Haut**  
 verschwinden durch Sani Drops  
 Kurpackung RM. 2.75; Notpackung RM. 1.50  
 Zu haben in den Apotheken zu Calw, Teinach & Liebenzell.

Lüchtiger Geschäftsmann sucht in der ersten Geschäftslage von  
**Calw**  
**Ladenlokal**  
 zu mieten. Miete kann auf Wunsch sicher gestellt werden. Angebote mit Preis- und Größenangabe erbeten unter Nr. 170 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Amtl. Bekanntmachungen**  
 Oberpostdirektion Stuttgart  
**Vergebung v. Hochbauarbeiten für d. Posthausneubau in Calw**  
 und zwar:  
**Plattendelarbeiten, Gipsestrich und Holzfußböden.**  
 Die Vergabung erfolgt auf Grund der Verdingungsordnung für Bauleistungen (B. D. B.) aufgestellt vom Reichsverdingungsamt August 1925 (Neueste Auflage). Die Unterlagen können bei dem unterzeichneten Amt in der Zeit vom 23. Juli bis 29. Juli 1932 abgeholt werden. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, ebenda bis 30. Juli, vormittags 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr einzureichen. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung statt, welcher die Bieter beiwohnen können.  
 Calw, den 22. Juli 1932.  
**Bauleitung für den Postneubau Calw**  
 Calw, Badstraße 41.

Das Ziel des schönsten Familienausflugs,  
**„Kurhaus Bleiche“ Hirsau**  
 ist wieder eröffnet.  
 Unter neuer Leitung soll den verehrten Gästen nur das Beste zu mässigen Preisen geboten werden.  
 Am Sonntag, 24. Juli, findet eine kleine Eröffnungs-Veranstaltung statt. Jeder 10te Gast erhält 1 Tasse Kaffee mit Kuchen oder 1 Glas Wein als Eröffnungs-gabe gratis.  
 Zur Eröffnung gepflegte Weine - Sinner-Biere. Ihnen beste Bewirtung zusichernd, ladet Sie herzlichst ein  
**WILLI SILL UND FRAU**

**20% unter Vorkriegspreis**  
 stehen trotz der bisherigen allgemein anerkannten überragenden Qualität die Konservengläser und Sterilisierapparate  
**Weltmarke WECK**  
 Darum Ihr Entschluß: **nur noch WECK**  
 Anerkannte Verkaufsstelle:  
**Hermann Beisser**  
 Glas u. Porzellan  
 Calw

Bestellungen auf nächster Tage eintreffende neue, gelbsteifige  
**Lauffener Speisekartoffeln**  
 zu 3.20 per Ztr. nimmt entgegen.  
**M. Schmele, Altensteig**  
 Hierfür Jeden Tag frische  
**Kartoffel**  
 auch Dehndgras  
 verkauft  
**Luise Widmaier**

**Holz Häuser**  
 Baut  
 Morgen Sonntag lade ich alle Interessenten zur allgemeinen **Besichtigung** des nach meiner bestbewährten Bauart erstellten **Holzhauses**  
**Knecht am Kapellenberg in Calw** höflichst ein.  
 Nur einige Vorteile des Holzhauses: Kurze Bauzeit, in acht Wochen beziehbar, ca. 20% Heizungsersparnisse, gesundes Wohnen, billiger Preis etc.  
**R. Rapp, Zimmermeister, Hirsau.**

**ALTBURG**  
 Am SONNTAG großer  
**TANZ**  
 im Saale von Gg. Rentschler  
 Ausgeführt von der Jazzkapelle Hohnloser, Pforzheim

Hier schon entschaltet es sich, ob Ihre Arbeit erfolgreich sein wird. Nicht nur der Inhalt Ihrer Briefe, sondern auch die äußere Form hat großen Einfluß auf Ihren Erfolg. Schreiben Sie Ihre Briefe mit **Erika**. - Erika-Briefe sind wirkungsvoll und erfolgreich!  
**Erika**  
 die Königin der Kleinschreibmaschinen  
 Raten zu RM. 10.- oder 20.-  
 Chr. Widmaier, Calw, Bischofstraße 8

**Berchromen**  
 von Gb. Besten njm.  
 Heinrich Widmann  
 Weinweg 1

**Trikot-Reste**  
 in allen Farben sind eingetroffen.  
**P. Binder, Calw**  
 Lederstraße 4

Ziehung 12. und 13. August 1932  
**Stuttgarter Schloßbrandhilfe Geldlotterie**  
 Lose nur 50 Pf. Doppellose 1 Mk. Porto u. Liste 30 Pf. in allen Verkaufsstell.  
 Gesamt-, Höchst- u. Hauptgewinne Mark:  
**50000**  
**25000**  
**15000**  
**Glückstasche** mit 10 Losen franko mit Liste 5 Mk.  
**Schweickert Stuttgart** Marktstr. 6, P.Sch. Nr. 205c  
 Hier bei **W. Winz, Friseur**, in Liebenzell: **Karl Schlag**.

Etwas besonderes ist . . .  
**Serva's abess. Mocca-Mischung**  
 1 Pfund Mk. 2.80 und 5 Prozent Rabatt  
 Derselbe ist gut und billig  
 Machen Sie einen Versuch  
**Carl Serva, Calw**  
 Fernsprech-Nummer 120  
 Eigene Rösterei-Anlage

Den Anzeigenteil dieses Blattes müssen Sie benützen, wenn Sie Ihr Absatzgebiet vergrößern wollen!

**WERBEDRUCKE**  
 für Handel und Industrie liefert in moderner Ausführung bei billigster Berechnung in kürzester Zeit  
**Tagblatt - Buchdruckerei Calw**

**Alle Drucksachen für die Reichstagswahl** liefert rasch und preiswert die Druckerei des „Calwer Tagblatt“.